

SPD-FRAKTION IM GEMEINDERAT KIRCHHEIM

Dr. Michaela Harlander (Fraktionssprecherin) * michaela@harlan.de * 0170 4988958
Tanja Heidacher · Ewald Matejka · Marcel Prohaska



Kirchheim, den 5. Juli 2024

Anfragen der SPD-Fraktion zur Kinderbetreuung in Kirchheim

Sehr geehrter Herr Tränkle, sehr geehrter Herr Bürgermeister Keck,

die SPD Kirchheim hat bei einer Veranstaltung sowie in diversen Einzelgesprächen mit über 30 Eltern, Trägern und Arbeitgebern von Eltern ohne KiTa-Platz viele Informationen rund um die aktuelle Situation der Kinderbetreuung am Ort gesammelt. Daraus ergeben sich einige Themenschwerpunkte, zu denen wir als SPD-Fraktion in Dialog mit der Verwaltung treten möchten und ggf. auch Anträge entwickeln werden.

Uns ist bewusst, dass wir uns bei vielen Themen im Bereich der freiwilligen Leistungen bewegen. Uns ist aber genauso bewusst, dass die Frage der Kinderbetreuung eine der wichtigsten Themenstellungen für unsere Bürgerinnen und Bürger ist. Deswegen erachten wir es für sehr wichtig, Lösungen im Rahmen der Möglichkeiten der Gemeinde zu finden.

Um einen konstruktiven Dialog zu ermöglichen, senden wir unsere Fragen und Bitten um Stellungnahme vorab an die Verwaltung. Wir wünschen uns angesichts der Dringlichkeit eine zeitnahe Reaktion z.B. im Hauptausschuss am 9.7., stehen aber gerne jederzeit für ein Gespräch zur Verfügung.

Die Themenschwerpunkte sind:

1. Verringerung der fehlenden Plätze
2. Planung der Schulkinderbetreuung
3. Verbesserung der Vergabekriterien
4. Verbesserung der Kommunikation und Transparenz
5. Verschiedenes

VERRINGERUNG DER FEHLENDEN PLÄTZE

1. Hat die Gemeinde einen laufenden Überblick über die fehlenden Plätze? Wie sieht die Situation aktuell aus?
2. Uns wurde berichtet, dass in der KiTa St. Franziskus eine Gruppe „Hasengruppe“ lediglich 12 Kinder aufnimmt. Als Begründung wurde genannt, dass die Gruppe lediglich von 2 Teilzeitkräften geleitet wird. Ist dies korrekt, und falls ja, wäre es

möglich, bei Verkürzung der Öffnungszeiten nur für diese eine Gruppe diese mit der üblichen Zahl von Kindern zu besetzen?

3. Die Großtagespflege Brez'n-Beißer-Bande sucht dringend Räume für eine Gruppe, weil die bisherigen Räume gekündigt wurden. Bisher waren nur Räume angeboten worden, die sich nicht für die Kinderbetreuung eignen, z.B. weil im Keller gelegen. Wenn hier keine Räume gefunden werden, gehen der Gemeinde Kirchheim Plätze verloren. Zudem hat die Nachbarschaftshilfe signalisiert, eine weitere Großtagespflege-Gruppe eröffnen zu können, wenn nur Räume dafür zur Verfügung stünden. Wir appellieren dringendst an die Gemeinde, die beiden Einrichtungen bei der Raumsuche zu unterstützen, z.B. durch kreative Nutzung eigener Räume, Kontaktaufnahme mit Kirchen oder großen Vermietern, denn diese 20 Plätze werden sehr dringend gebraucht. Ist hier eine Lösung in Sicht?
4. Für die Betreuung von Schulkindern gibt die eine Initiative einiger Eltern, die dies in Eigenregie organisieren würden. Zum einen sucht die Initiative Räume (vermutlich in der Cantate-Kirche verfügbar), zum anderen brauchen die Eltern ggf. organisatorische Unterstützung. Ist die Gemeinde bereit, hier zu helfen?
5. Uns wurde gesagt, dass am 3.7. eine Besprechung im Kontext mit fehlenden Plätzen in der Mittagsbetreuung stattfand. Können Sie uns bitte mitteilen, inwieweit hier mehr Plätze geschaffen oder zugeteilt werden konnten?
6. Plätze werden auch dadurch blockiert, dass Eltern für ihre Kinder mehr Buchungszeiten buchen als tatsächlich genutzt werden. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde uns gesagt, es wäre Aufgabe der Träger, dem nachzugehen. Von einem aktiven Handeln der Träger konnte uns in diesem Zusammenhang niemand berichten. Ist es möglich, dass die Verwaltung die Träger auf diese Aufgabe aufmerksam macht?

PLANUNG DER SCHULKINDERBETREUUNG

1. Immer wieder wurde in den Gesprächen große Bedenken wegen der Kündigung der Kinderinsel geäußert. Die Kinderinsel hat das Personal, um die Schulkinder zu betreuen. Ob die AWO, die die Schulkinderbetreuung im HfK2 übernehmen wird, dies stemmen kann, ist noch nicht klar, insofern befürchten die Eltern, dass sehr viele Schulkinderbetreuungsplätze wegfallen. Könnte die Verwaltung hierzu bitte Stellung beziehen, insbesondere, was passieren wird, wenn die AWO es nicht schafft, ausreichend Personal zu rekrutieren?
2. Bei den Eltern von Schulkindern bestehen große Bedenken wegen der stufenweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern ab dem Schuljahr 2026/2027. Es wird befürchtet, dass für die Erstklassjahrgänge, die 2024 und 2025 eingeschult werden, dauerhaft zu wenige Betreuungsplätze zur Verfügung stehen werden, was sich ganz aktuell ja zu bestätigen scheint. Könnte die Verwaltung bitte die entsprechenden Planungen darlegen?

VERBESSERUNG DER VERGABEKRITERIEN UND DES KITA-PORTALS

1. Die Prioritäten bei der Platzvergabe, die uns in der Gemeinderatssitzung vom 4.6.2024 genannt worden, gehen unserer Ansicht nach an den Erfordernissen von Eltern und Kindern vorbei. An erster Stelle steht der Elternwunsch bzgl. Einrichtung. Wenn die Eltern diese Wahl treffen wissen sie nicht wie viele Plätze in den Einrichtungen zur Verfügung stehen noch welche Buchungszeiten für diese Plätze möglich sind. Unserer Meinung nach müssen besonders in Zeiten knapper Plätze, die objektiven Erfordernisse im Vordergrund stehen. Zwei in Vollzeit arbeitende Eltern haben völlig andere Anforderungen an ihre Buchungszeiten als Eltern, deren erstes Kind in den Kindergarten kommt, um ausreichend Sozialkontakt zu pflegen. Letzteres ist deutlich freier in den Buchungszeiten als ersteres. An erster Stelle der Vergabekriterien müssten unserer Ansicht nach die zwingend erforderlichen (und nachzuweisenden) Buchungszeiten stehen. Uns wurde berichtet, dass andere Gemeinden eine Arbeitszeitbescheinigung vom Arbeitgeber verlangen, um die notwendige Buchungszeit besser einschätzen zu können. Ist es möglich, im KITA-Portal zukünftig erst die benötigten Buchungszeiten abzufragen und die Vergabekriterien entsprechend anzupassen?
2. Uns wurde ferner berichtet, dass die Einrichtungen nicht nach den uns genannten Prioritäten verfahren. Beispiele:
 - a. In einer kleinen Einrichtung wurden Geschwisterkinder im Kindergartenalter nicht akzeptiert.
 - b. In einer Einrichtung wurde die Aufnahme eines Geschwisterkinds höher priorisiert als der Elternwunsch, ein Kind in diese Einrichtung aufzunehmen.

Wie sorgt die Verwaltung für die Einhaltung der Vergabekriterien?

3. Die Eltern können derzeit ihre anderen Kriterien nur dadurch höher priorisieren, wenn sie keine Einrichtung im KITA-Portal priorisieren. Werden die Eltern darauf hingewiesen?
4. Das KITA-Portal wird nicht nur von den Eltern, sondern auch von den Trägern als unübersichtlich und schlecht nutzbar angesehen. Ist eine Überarbeitung geplant?

VERBESSERUNG VON KOMMUNIKATION UND TRANSPARENZ

1. Eines der wichtigsten Themen der Eltern war in unseren Gesprächen die uneinheitliche Kommunikation und fehlende Transparenz. Hierzu einige Beispiele:
 - a. Einem Vater, der für sein Kind von 3 verschiedenen Einrichtungen eine Absage erhielt, wurden völlig unterschiedliche Auskünfte gegeben, was nun passiert.
 - b. Einer Mutter wurde von einem Träger gesagt, es genüge, wenn sie sich bei einer Einrichtung anmelde, weil ihr Kind sicherlich in derselben Einrichtung bleiben könne – was nicht der Fall war.
 - c. Manchen Eltern wurde von den Trägern nach einer Absage mitgeteilt, sie sollten ihr Kind im Vergabesystem neu anmelden, andere sagten, dass die Kinder zwar aus dem System fallen, dass man sich aber um die Kinder kümmere, ohne zu

sagen, wie. Die Eltern wissen nicht, ob sie Kinder nun erneut anmelden sollen oder nicht.

- d. Die Eltern kennen die Vergabekriterien nicht und empfinden die Vergabe daher als willkürlich.

Deswegen ist es sehr wichtig, dass die Verwaltung für eine einheitliche Kommunikation an die Eltern und noch mehr Transparenz sorgt. Wir bitten die Verwaltung uns darzulegen, wie das erfolgen kann.

VERSCHIEDENES

1. Eltern, haben während der Schließzeiten immer wieder Probleme, diese mit Urlaub abzudecken, speziell wenn sie mehrere Kinder in unterschiedlichen Einrichtungen haben. Früher gab es die Möglichkeit, während der Schließzeit einer Einrichtung Kinder in einer während dieser Zeit geöffneten Einrichtung gegen entsprechendes Entgelt unterzubringen. Das war unbürokratisch möglich und löste sehr einfach ein für die Eltern schwieriges Problem. Ist die Verwaltung bereit, auf die Träger einzuwirken, um diese Möglichkeit erneut zu schaffen?
2. Uns ist bewusst, dass für eine Reihe der genannten Probleme die bunte Landschaft der unterschiedlichen Träger ursächlich ist. Die Pflichtaufgabe der Gemeinde ist mit dem Abschluss der Trägervereinbarung beendet. Allerdings hat die Gemeinde ein Interesse an einer einheitlichen Handhabung von Kommunikation, Vergabekriterien etc. im Sinne der Eltern. Da die Gemeinde die meisten Kosten der Kinderbetreuung stemmt, sollte sich diese auch nach den Erfordernissen der Gemeinde und der Eltern richten. Stellt die Gemeinde diese Erfordernisse wie z.B. einheitliche Kommunikation und Vergabekriterien vertraglich sicher?
3. Immer wieder wurde gefragt, ob eine kommunale Trägerschaft zumindest einiger Einrichtungen die Probleme nicht lösen könnte. Die dadurch entstehenden Verwaltungskosten würden genauso wie bei den anderen Trägern in die Kosten der Kinderbetreuung mit einfließen. Kann die Verwaltung im Überblick darstellen, wie und in welchem Zeitraum so etwas möglich wären und als sinnvoll angesehen wäre?
4. Und ganz zum Schluss würden wir gerne wissen: können wir - Gemeinderäte und Eltern – etwas unternehmen, um die Gemeinde bei der Umsetzung der sicherlich herausfordernden Aufgabe, ausreichend Betreuungsplätze für Kinder aller Altersgruppen de facto zur Verfügung zu stellen, zu unterstützen? Benötigt die Gemeinde mehr Hilfe vom Landkreis oder von der Bayerischen Staatsregierung?

Mit freundlichen Grüßen

Tanja Heidacher und Dr. Michaela Harlander